

verschließen, um nicht blind für die Gegenwart zu werden, dann haben alle die Medienvertreter, die uns berichtend, kommentierend und polemisierend begleitet haben, einen erheblichen Anteil daran.

Der Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, den wir hier vorlegen, wird, so hoffe ich, viele fruchtbare Diskussion auslösen. Bei allem Meinungsstreit, der da auszutragen sein wird, sollte die uns allen gemeinsame Erkenntnis bewußt bleiben: Es geht um das aufrichtige Erinnern und Annehmen des Gewesenen. Es geht um die Aufarbeitung einer lastenden Vergangenheit. Es geht um Gerechtigkeit, um die Stärkung unserer freiheitlichen Demokratie, um die innere Vereinigung unseres Volkes und die Versöhnung der Menschen untereinander. Es geht um unser aller Zukunft. Dazu will dieser Bericht einen Beitrag leisten.

Bonn, den 13. Juni 1994

Rainer Eppelmann, MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission

„Aufarbeitung von Geschichte und
Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

A. Auftrag und Durchführung der Kommissionsarbeit

I. Entstehung und Aufgabenstellung der Kommission

Inhalt

I. Entstehung und Aufgabenstellung der Kommission

II. Arbeitsweise der Kommission

III. Zusammensetzung der Kommission

Nachdem das politische System der DDR zusammengebrochen und die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt war, begannen vielfältige private, öffentliche und wissenschaftliche Initiativen in den neuen Bundesländern sowie Institutionen und Einrichtungen mit der historisch-politischen Aufarbeitung der über vierzigjährigen SED-Herrschaft. Im Verlaufe des Jahres 1991 mehrten sich die Stimmen, daß in Ergänzung zu diesen Initiativen auch der Deutsche Bundestag zu dieser wichtigen Aufgabe zur inneren Einheit Deutschlands beitragen solle, die nicht nur großes historisches Interesse beansprucht, sondern in hohem Maße auch wesentliche Fragen zukünftiger politischer Gestaltung im vereinigten Deutschland betrifft.

Von den zur Verfügung stehenden Instrumentarien der parlamentarischen Arbeit erschien die Einrichtung einer aus Abgeordneten und Sachverständigen

zusammengesetzten Enquete-Kommission als sinnvoll, die thematisch weitgespannten Fragestellungen zu untersuchen. Am 21. Februar 1992 beantragte die Fraktion der SPD beim Deutschen Bundestag die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“¹. Am 9. März 1992 folgte die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen mit dem Antrag für eine Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“². Eine gleichnamige Enquete-Kommission beantragten die Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. gemeinsam am 11. März 1992³, während die Gruppe PDS/Linke Liste am gleichen Tag ihrem entsprechenden Antrag den Titel „Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ gab⁴.

Trotz der im einzelnen unterschiedlichen Fragestellungen berücksichtigten alle Anträge wesentliche gemeinsame Untersuchungsschwerpunkte. Dazu zählten insbesondere:

- die diktatorischen Machtstrukturen und Herrschaftsinstrumente des Partei- und Staatsapparates sowie die Mechanismen ihrer Anwendung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Entwicklungsphasen der DDR
- der Aufbau der Machthierarchie und die Funktionsweise der Entscheidungszentren
- die Verantwortung der Machthaber und der nachgeordneten Kader auf den verschiedenen Handlungsebenen
- die Wirkungsweise der Repressionsmechanismen unter besonderer Berücksichtigung des Ministeriums für Staatssicherheit
- die Methoden der Einflußnahme der SED auf die politischen und gesellschaftlichen Institutionen (Blockparteien, Massenorganisationen, Medien, Kultur u. a.)
- die Auswirkungen der Herrschaftsstrukturen auf das alltägliche Leben (Bildung, Arbeitswelt, Sport u. a.) und das seelische Befinden der Menschen
- die Folgen der SED-Diktatur für die Bürger der neuen Bundesländer nach der deutschen Vereinigung.

Weitere Themen, die in einzelnen Anträgen genannt wurden, bezogen sich u. a. auf die historischen Rahmenbedingungen der Entstehung der DDR, die Funktion der marxistisch-leninistischen Ideologie, das wirtschaftliche System, die Rolle von Justiz und Polizei als Repressionsinstrumenten der SED, das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR, die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen sowie die Ursachen und den Verlauf der friedlichen Revolution im Herbst 1989.

1 SPD-Antrag vom 21. Februar 1992, Drucksache 12/2152.

2 Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2220 (neu).

3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P., Drucksache 12/2229.

4 Antrag der Gruppe PDS/Linke Liste, Drucksache 12/2226.

Am 11. März 1992 legten die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und F.D.P. einen Antrag vor, der die Einsetzung und die personelle Zusammensetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur“ zum Gegenstand hatte⁵. Demnach sollten der Kommission sechzehn Abgeordnete und elf Sachverständige von außerhalb angehören (CDU/CSU: sieben Mitglieder und fünf Sachverständige; SPD: fünf Mitglieder, drei Sachverständige; F.D.P.: zwei Mitglieder, ein Sachverständiger; Bündnis 90/Die Grünen und PDS/Linke Liste: je ein Mitglied und ein Sachverständiger).

Weiterhin sah der Antrag vor, daß für jedes Mitglied des Deutschen Bundestages ein Stellvertreter benannt werden solle. Damit war eine Größenordnung vorgegeben, die deutlich über den Umfang aller bisherigen Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages hinausreichte. Die Vorlage an das Bundestagsplenum sah ferner vor, daß die erwähnten unterschiedlichen Anträge der Fraktionen der Enquete-Kommission dieser zur Beratung mit dem Auftrag zugewiesen werden sollten, dem Deutschen Bundestag bis zum 20. Mai 1992 eine Beschlußempfehlung mit Fragestellungen, Untersuchungsschwerpunkten und Vorgehensweisen vorzulegen.

Der Deutsche Bundestag beriet die Anträge der Fraktionen in seiner 82. Sitzung am 12. März 1992. In der Debatte ergriffen zunächst Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU) und danach Abg. Willy Brandt (SPD) das Wort. Es schlossen sich Reden von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und der Abgeordneten Dr. Jürgen Schmieder (F.D.P.), Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU), Markus Meckel (SPD), Dr. Uwe Jens Heuer (PDS/Linke Liste), Wolfgang Mischnik (F.D.P.), Rolf Schwanitz (SPD), Dr. Gerhard Friedrich (CDU/CSU), Dr. Jürgen Schmude (SPD), Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste), Dr. Günther Müller (CDU/CSU), Frau Angelika Barbe (SPD), Dirk Hansen (F.D.P.), Gert Weißkirchen (Wiesloch) (SPD), Dr. Rudolf Krause (Bonese) (damals CDU/CSU), Wolfgang Lüder (F.D.P.), Udo Haschke (Jena) (CDU/CSU) und Dr. Harald Schreiber (CDU/CSU) sowie von Frau Bundesministerin Dr. Angelika Merkel (CDU/CSU) und des sächsischen Landesministers Heinz Eggert (CDU) an.

Hervorgehoben seien die Ausführungen von Bundeskanzler a.D. Abg. Willy Brandt (SPD), der in seiner letzten großen Rede im Deutschen Bundestag zum Ausdruck brachte, im Hinblick auf das Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West dürfe nicht der Mantel des Verschweigens über gravierendes Unrecht ausgebreitet werden. Ebenso wenig dürfe hingenommen werden, daß dem vergangenen System durch grassierende Verdächtigung und langwirkende Vergiftung nachträgliche Triumphe beschert würden. Möglichst

viel Aufklärung sei notwendig, insbesondere dort, wo es um die Machtzentren von Partei, Staat und sogenannter Staatssicherheit gehe und wo es sich um das Ausmaß der unterschiedlich festzumachenden Verantwortung handele. Das Aufarbeiten des SED-Erbes solle – insoweit folgte er seinem Vorredner Abg. Eppelmann (CDU/CSU) – als gesamtdeutsche Aufgabe verstanden werden, auch als Beitrag zu jener Aussöhnung, die Wahrhaftigkeit voraussetze.

Der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU, Abg. Dr. Wolfgang Schäuble, hob in seinem Debattenbeitrag hervor, aus der historischen Diskussion könne nur dann Einheit erwachsen, wenn sie als Aufgabe aller Deutschen verstanden werde. Die Teilung sei gemeinsames Schicksal gewesen; ihre Hinterlassenschaft sei gemeinsame Last.

Abg. Wolfgang Mischnick (F.D.P.) betonte, die Arbeit der Enquete-Kommission werde sinnvoll und hilfreich sein, wenn es ihr gelinge, der verbreiteten Selbstgerechtigkeit zu begegnen.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich dafür aus, daß aus Gründen der Sachkenntnis und der elementaren Betroffenheit Abgeordnete und Sachverständige aus den neuen Bundesländern im Vergleich zur prozentualen Zusammensetzung des Bundestages überproportional in der Enquete-Kommission mitarbeiten sollten.

Der oben genannte gemeinsame Antrag von CDU/CSU, SPD und F.D.P. wurde bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Zugleich wurden die Anträge der Fraktionen und Gruppen (Drucksachen 12/2152, 12/2226, 12/2229, 12/2220 (neu)⁶ an die Enquete-Kommission überwiesen, die sich am 19. März 1992 konstituierte. Einvernehmlich bestimmte die Kommission den Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU) zum Vorsitzenden und die Abg. Frau Margot von Renesse (SPD) zur Stellvertretenden Vorsitzenden. In weiteren sechs Sitzungen erarbeitete die Enquete-Kommission eine Beschlußempfehlung, die eine Gliederung ihres Untersuchungsauftrages enthält. Um den gesamtdeutschen Bezug deutlicher herauszustellen, empfahl sie, den Namen der Enquete-Kommission wie folgt festzulegen: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Der Deutsche Bundestag ist in seiner 93. Sitzung am 20. Mai 1992 der Beschlußempfehlung in vollem Umfang gefolgt.⁷ Sie hat im wesentlichen den nachstehenden Wortlaut:

6 Der Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen wurde in seinem Teil A der Enquete-Kommission und in seinem Teil B dem Innenausschuß federführend sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

7 Drucksache 12/2597.

I.

Die Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland politisch aufzuarbeiten, ist eine gemeinsame Aufgabe aller Deutschen. Ihr kommt auf dem Weg zur inneren Einigung Deutschlands besonderes Gewicht zu.

Noch belastet das Erbe der SED-Diktatur das Zueinanderfinden der Menschen in Deutschland. Die Erfahrungen von Unrecht und Verfolgung, Demütigung und Entmündigung sind noch lebendig. Viele Menschen suchen nach Aufklärung, ringen um Orientierung im Umgang mit eigener und fremder Verantwortung und Schuld; sie stellen Fragen nach den Wurzeln des in der SBZ/DDR errichteten diktatorischen Systems; nach den politischen, geistigen und seelischen Folgewirkungen der Diktatur; nach den Möglichkeiten der politischen und moralischen Rehabilitierung der Opfer.

Zur Aufarbeitung dieser Fragen ist die durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 12. März 1992 (Drucksache 12/2330 vom 11. März 1992) eingesetzte Enquete-Kommission in besonderer Weise aufgefordert. Sie ist den Menschen in ganz Deutschland verpflichtet, vor allem aber den Deutschen in den neuen Bundesländern, die über nahezu sechs Jahrzehnte hinweg diktatorischen Regierungsformen unterworfen waren; ihnen Hilfen bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und bei der Bewertung persönlicher Verantwortung anzubieten, betrachtet der Deutsche Bundestag als ein wesentliches Anliegen der Kommission.

Der Deutsche Bundestag ist sich der Grenzen bewußt, die einer politisch-rechtsstaatlichen Aufarbeitung gezogen sind. Um so wichtiger ist das Bemühen, verletztem Rechtsempfinden durch Offenlegung des Unrechts und Benennung von Verantwortlichkeiten Genüge zu tun. Zugleich gilt es, einen Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft zu leisten.

Die Enquete-Kommission soll die notwendige historische Forschung weder vorwegnehmen noch ersetzen. Ihre Arbeit hat das Ziel, im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland beizutragen.

II.

Die Kommission hat dabei die Aufgabe, Beiträge zur politisch-historischen Analyse und zur politisch-moralischen Bewertung zu erarbeiten. Dazu gehören:

1. die Strukturen, Strategien und Instrumente der SED-Diktatur, insbesondere die Frage der Verantwortlichkeiten für die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten sowie für die Zerstörung von Natur und Umwelt zu analysieren, u. a.:

-
- die Entscheidungsprozesse in der SED,
 - das Verhältnis von SED und Staatsapparat, insbesondere das zwischen den verschiedenen Ebenen der SED und des MfS,
 - Struktur und Arbeitsweise der Staatssicherheit, der Polizei und der Justiz,
 - die Rolle der Blockparteien, der Massenorganisationen und der Medien,
 - die Militarisierung der Gesellschaft und die Rolle der „bewaffneten Organe“,
 - die Umgestaltung und Instrumentalisierung der Wirtschaft (Enteignung; Zwangskollektivierung, Zentralverwaltungswirtschaft),
 - den rücksichtslosen Umgang mit Natur und Umwelt;
2. die Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken darzustellen und zu werten, u. a.:
- die Funktion und Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus und des Antifaschismus,
 - Stellenwert und Mißbrauch von Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Literatur, Kultur und Kunst sowie des Sports,
 - Umgang mit sowie Auswirkungen und Rolle von Karriereangeboten und Privilegien;
3. die Verletzung internationaler Menschenrechtskonventionen und -normen sowie die Erscheinungsformen der Unterdrückung in verschiedenen Phasen zu untersuchen, Gruppen von Opfern zu identifizieren und Möglichkeiten materieller und moralischer Wiedergutmachung zu erwägen, u. a.:
- die politische Repression durch Strafrecht, Strafjustiz und Strafvollzug (Haftbedingungen, Mißhandlungen, Freizügigkeitsbeschränkungen, Ausbürgerungen u. ä.),
 - die politischen, geistigen und psychosozialen Unterdrückungsmechanismen im alltäglichen Leben der Menschen und ihre Folgen seit 1945/46;
4. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns in den verschiedenen Bereichen herauszuarbeiten samt den Faktoren, die diese beeinflußt haben;
5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur darzustellen;
6. die Bedeutung der internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere des Einflusses der sowjetischen Politik in der SBZ und der DDR zu beurteilen;
7. die Bedeutung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu untersuchen, u. a.:

- die deutschlandpolitischen Ziele, Leitvorstellungen und Handlungsperspektiven in den beiden Staaten,
 - die innerdeutschen politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen und deren Rückwirkungen auf die Entwicklung der DDR,
 - die Bedeutung der persönlichen Verbindungen für das Zusammengehörigkeitsbewußtsein,
 - der Einfluß der Medien der Bundesrepublik Deutschland in der DDR,
 - die Aktivitäten der SED und der DDR in der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Bereich;
8. die Frage der Kontinuitäten und Analogien des Denkens, des Verhaltens und der Strukturen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, einzubeziehen.

III.

Die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur ist u. a. an den folgenden historischen Daten und Zeiträumen exemplarisch zu verdeutlichen:

- Konstituierung der Diktatur und ihre Rahmenbedingungen 1945–1949 (z. B. Potsdamer Abkommen, Bodenreform, Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED, politische und gesellschaftliche Gleichschaltung u. a.);
- Aufstand vom 17. Juni 1953;
- Zwangskollektivierung und Bau der Berliner Mauer;
- Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR 1968;
- Übergang von Ulbricht zu Honecker 1971;
- friedliche Revolution im Herbst 1989 und deutsche Vereinigung.

IV.

Die Kommission soll vorrangig folgende praktischen Konsequenzen ihrer Arbeit anstreben:

- Beiträge zur politischen und moralischen Rehabilitierung der Opfer und zur Überwindung der diktaturbedingten Schäden;
- Aufzeigen von Möglichkeiten zur Überwindung fortwirkender Benachteiligungen in Bildung und Beruf;
- Beiträge zur Klärung der Problematik von Regierungskriminalität in der DDR;
- Erhalt, Sicherung und Öffnung der einschlägigen Archive;

- Verbesserung der Voraussetzungen der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit
- Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag im Hinblick auf gesetzgeberische Maßnahmen und sonstige politische Initiativen;
- Hinweise zur pädagogisch-psychologischen Verarbeitung der DDR-Vergangenheit.

V.

Die Arbeitsweise der Enquete-Kommission soll u. a. folgende Elemente enthalten:

- Gespräche mit Betroffenen und Bürgergruppen vor Ort, Dialog mit Wissenschaftlern und Initiativen, die die DDR-Geschichte aufarbeiten;
- öffentliche Anhörungen und Foren;
- Vergabe von Expertisen und Forschungsarbeiten

[...]

In den anschließenden Beratungen hat die Enquete-Kommission den Auftrag weiter verdichtet und in sechs Themenfelder strukturiert. Diese lauten wie folgt:

1. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung.
2. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR.
3. Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat.
4. Innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen.
5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur.
6. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Für die Themen Staatssicherheit, Wirtschaft, Seilschaften und Archive richtete die Enquete-Kommission eigene Arbeitsgruppen ein. Ihre Ausgliederung aus der allgemeinen Systematik der Berichterstattergruppen nach Themenfeldern begründet sich durch die besondere Bedeutung der Themen sowie ihre fachspezifische Ausrichtung.

II. *Arbeitsweise der Kommission*

Die Enquete-Kommission war ein gesamtdeutsches Pilotunternehmen, das besonders von Abgeordneten aller Fraktionen aus Berlin, Brandenburg,

Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eingefordert wurde. So kam eine in der Tat gesamtdeutsche Kommission zusammen, die in ihrer Arbeit, in ihren Beratungen – wie kontrovers sie gelegentlich auch waren – eine möglichst gemeinsame Sicht von der Geschichte der deutschen Teilung, ihren internationalen Rahmenbedingungen und der SED-Diktatur zu erarbeiten versuchte. Der Weg war hier auch schon das Ziel.

Eine besondere Prägung erhielt die Arbeit der Enquete-Kommission durch die Zusammenarbeit von Politikern und Wissenschaftlern (Sachverständigen). Dabei haben politische Interessen, unterschiedliche Lebenserfahrungen und wissenschaftliche Positionen eine Rolle gespielt. Daraus erwachsende Spannungsverhältnisse konnten meist produktiv genutzt werden, schlossen allerdings unterschiedliche Bewertungen nicht aus. Gelegentlich waren Kompromisse unvermeidbar, desgleichen die Formulierung eines Mehrheits- und eines Minderheitenvotums (Sondervotum), wenn die politische Bewertung nicht einvernehmlich erfolgen konnte. Dabei wurden die jeweiligen unterschiedlichen Akzentsetzungen der Parteien deutlich. Die Abgeordneten entwickelten rasch ein besonderes Interesse an der Klärung historischer Sachverhalte und Zusammenhänge, während die Wissenschaftler den politischen Charakter der Enquete-Kommission anerkannten; dabei blieben sie um ein methodisch reflektiertes, den Forschungsstand nach Möglichkeit berücksichtigendes Vorgehen bemüht. Zweifellos hat der 1994 beginnende Wahlkampf die Arbeit der Enquete-Kommission nicht erleichtert; ihre Instrumentalisierung für Wahlkampfzwecke konnte nicht ganz verhindert werden.

Von Anfang an war den Mitgliedern der Enquete-Kommission klar, daß angesichts der Komplexität des Themas in einem Zeitabschnitt von über 40 Jahren Schwerpunktbildungen erforderlich waren. Bestimmte Themenbereiche konnten daher entweder überhaupt nicht oder nur sehr knapp behandelt werden. Hierzu zählen vor allem: die Rolle der Wirtschaftspolitik, die Geschichte der NVA, Probleme der Ökologie, Fragen der Sozialpolitik, alternative Entwicklungsmöglichkeiten, Probleme der Wissenschaftspolitik, Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die Entwicklung der internationalen Beziehungen der SED, die Wechselwirkungen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie Vergleiche mit der ersten deutschen Diktatur

(1933–1945) und den anderen „realsozialistischen“ Staaten des Ostblocks. Die Enquete-Kommission hat in den verschiedenen Themenfeldern auf besondere Forschungsdesiderata hingewiesen.

Von der Enquete-Kommission ist für jedes Themenfeld eine Berichterstattergruppe eingesetzt worden, die aus fünf bis sieben Mitgliedern aller Fraktionen und Gruppen bestand und mit der Erarbeitung von Entwürfen für den Bericht an den Deutschen Bundestag beauftragt wurde. Ebenso wurde in den erwähnten Arbeitsgruppen verfahren. Die Berichterstattergruppen hatten zunächst Vorschläge für die beiden wesentlichen Informationsquellen der

Arbeit der Enquete-Kommission zu erarbeiten: Sie berieten über die Vergabe von Expertisen an auswärtige Wissenschaftler und legten die Thematik der Öffentlichen Anhörungen fest. Die Öffentlichen Anhörungen wurden z. T. von eigenen Projektgruppen vorbereitet. Die einzelnen Gruppen wurden von wissenschaftlichen Mitarbeitern des Sekretariats unterstützt.

Die Enquete-Kommission hat in den zwei Jahren ihrer Tätigkeit insgesamt 44 ganztägige Öffentliche Anhörungen in Bonn, Berlin und an verschiedenen Orten der neuen Bundesländer durchgeführt und dabei 327 Wissenschaftler und Zeitzeugen angehört. Neben dem wissenschaftlichen Gutachturvortrag konnten auch die Alltagserfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern einbezogen und ausgewertet werden. Die stenographischen Protokolle, die vom Deutschen Bundestag herausgegeben werden und sämtliche Vortragstexte sowie Redebeiträge im Wortlaut enthalten, stellen eine wertvolle Quelle zur Geschichte der Teilung und der SED-Diktatur dar.

Der öffentliche Charakter der Anhörungen bot Interessierten darüber hinaus die Möglichkeit, einen eigenen Eindruck von der historisch-politischen Aufarbeitung durch den Deutschen Bundestag zu gewinnen. Durch die rege Berichterstattung der Medien konnte ferner erreicht werden, daß eine breite Öffentlichkeit über die Fragen der historisch-politischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte informiert wurde.

Guten Gewissens nimmt die Enquete-Kommission die von der PDS geäußerte Behauptung zur Kenntnis, sie habe bei ihren Recherchen den Repräsentanten, Entscheidungsträgern und Insidern des SED-Regimes zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In der Tat kam es ihr in den Anhörungen, insbesondere bei der Befragung von Zeitzeugen, darauf an, vorrangig ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR zu Wort kommen zu lassen, die unter dem SED-Regime entweder zu schweigen genötigt waren oder, weil sie zu den erklärten „Andersdenkenden“ gehörten, unter Repressionen zu leiden hatten. Im übrigen ist ein gutes Dutzend Inhaber von z. T. höchst einflußreichen bzw. Einblick gewährenden Ämtern und Positionen der SED-Diktatur („Nomenklaturkader“) von der Kommission angehört und befragt worden; weitere wurden eingeladen und sagten ab. Es versteht sich von selbst, daß bei der künftigen wissenschaftlichen Aufarbeitung des Themas das vorhandene Wissen uneingeschränkt in seiner ganzen Breite auszuschöpfen ist.

Neben der Erarbeitung von Vorschlägen für die Themen der Anhörungen war es eine weitere Aufgabe der Berichtersteller- und Arbeitsgruppen, der Enquete-Kommission Vorschläge zur Vergabe von Expertisen an auswärtige Sachverständige zu unterbreiten. Die Enquete-Kommission hat insgesamt 148 Expertisenaufträge zu 95 Themen vergeben. In zahlreichen Fällen wurden mehrere Autoren um ihre Mitwirkung gebeten, um verschiedene Fragestellungen und Erfahrungshintergründe zu berücksichtigen. Neben diesen Expertisen hat die Enquete-Kommission zwei Forschungsaufträge vergeben, die Sichtung und

Auswertung von Quellen zur sowjetischen Deutschlandpolitik aus russischen Archiven zum Gegenstand haben. Es wurden weiterhin Forschungsberichte von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR eingeholt bzw. von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Sekretariats der Enquete-Kommission erarbeitet. Die Titel dieser Arbeiten sind ebenso wie die der Expertisen in den Berichten über den Beratungsverlauf zu den einzelnen Themenfeldern und in der Gesamtliste im Anhang aufgeführt.

Um sich vor Ort ein Bild vom Stand der Öffnung russischer Archive zu verschaffen und die Möglichkeit ihrer Nutzung für die deutsche Forschung insgesamt zu erkunden, unternahm eine Delegation der Enquete-Kommission in der Zeit vom 5. bis 7. Juli 1993 unter der Leitung des Vorsitzenden, Abg. Rainer Eppelmann, eine Informationsreise nach Moskau und führte dort Gespräche mit Mitgliedern des Parlaments, mit Regierungsstellen, Wissenschaftlern und Archivdirektoren. Der Delegation gehörten neben dem Vorsitzenden der Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell, die sachverständigen Mitglieder der Kommission Prof. Dr. Alexander Fischer, Dr. Armin Mitter, Prof. em. Dr. Hermann Weber, Prof. Dr. Manfred Wilke und außerdem der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, sowie der Sekretär der Kommission, Ministerialrat Dr. Dietrich Lehmborg, an. Der Bericht der Arbeitsgruppe Archive enthält Ausführungen zum Verlauf und zu den Ergebnissen dieser Informationsreise.

Grundlagen für den Abschlußbericht bildeten im wesentlichen alle Materialien der Enquete-Kommission, d. h. die Ergebnisse der Forschungsaufträge, die Expertisen, Berichte, Anhörungen und Diskussionsbeiträge. Schon aus Zeitgründen konnte das bis heute vorliegende umfangreiche deutsche und internationale Schrifttum zum Thema nicht systematisch ausgewertet werden. Desgleichen zeigte sich bei den bestellten Expertisen, daß sich die meisten Autoren auf keine neuen eigenen Forschungen stützen konnten. Der Bericht ist als eine Zwischenbilanz mit politischer Akzentsetzung zu verstehen, nicht aber als eine wissenschaftliche Gesamtanalyse aus der Sicht des Jahres 1994, zumal eine allseitige Einsicht in die Mechanismen und Strukturen des „realen Sozialismus“ nicht angestrebt werden konnte. Dies muß der zukünftigen – nationalen und internationalen – Forschung vorbehalten bleiben. Der Auftrag an die Enquete-Kommission war darauf begrenzt, bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur vor allem Erscheinungsformen, Wirkungen und Lehren zu verdeutlichen.

Die mitunter unterschiedliche Form der inhaltlichen und sprachlichen Darstellung der einzelnen Kapitel im vorliegenden Bericht erklärt sich aus der Vielzahl und Verschiedenheit der Bearbeiter. Eine vollständige inhaltliche und sprachliche Überarbeitung des Gesamtberichts konnte aus zeitlichen und strukturellen Gründen von der Kommission nicht geleistet werden.

Die Enquete-Kommission führte neben den bereits genannten 44 Öffentlichen Anhörungen 37 nichtöffentliche Sitzungen durch. Zusätzlich tagten Berichterstatter-, Arbeits- und Projektgruppen:

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum I. Themenfeld: 15

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum II. Themenfeld: 25

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum III. Themenfeld: 13

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum IV. Themenfeld: 27

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum V. Themenfeld: 14

Sitzungen der Berichterstattergruppe

zum VI. Themenfeld: 16

Sitzungen der Arbeitsgruppe Archive: 10

Sitzungen der Arbeitsgruppe Seilschaften: 12

Sitzungen der Arbeitsgruppe Staatssicherheit: 12

Sitzungen der Arbeitsgruppe Wirtschaft: 5

Beispielhaft werden nur zwei Projektgruppen genannt:

Projektgruppe „Vierzig Jahre Volksaufstand im Juni 1953“: 6 Sitzungen

Projektgruppe „Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“: 5 Sitzungen

Die Obleute der Fraktionen und Gruppen kamen in 52 Besprechungen zusammen. Die Arbeitsgruppen der Fraktionen trafen sich in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Darüber hinaus führten sie zusätzlich zu den Anhörungen der Enquete-Kommission eigene Anhörungen durch.

Der Beratungsverlauf im einzelnen ist in den Berichten zu den einzelnen Themenfeldern (Teil B) und zu den Besonderen Problemen (Teil C) dargelegt.

III. *Zusammensetzung der Kommission*

Von den Fraktionen und Gruppen wurden folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages für die Enquete-Kommission benannt:

CDU/CSU-Fraktion:

(ordentliche Mitglieder)

Rainer Eppelmann (Vorsitzender)

Hartmut Büttner (ab 10. 93)

Wolfgang Dehnel (bis 11. 92)

Susanne Jaffke (ausgeschieden 9. 92)

Dr. Harald Kahl (ausgeschieden 10. 93)

Hartmut Koschyk (ab 10. 93, Obmann ab 7. 93)

Dr. Rudolf Krause (ausgeschieden 3. 93)

Klaus-Heiner Lehne (ab 10. 92 ausgeschieden 10. 93)

Maria Michalk (ab 3. 93)

Dr. Günther Müller

Dr. Dorothee Wilms(Obmann bis 7. 93)

Prof. Dr. Roswitha Wisniewski (ab 11. 92)

(stellv. Mitglieder)

Dr. Else Ackermann (ab 3. 93)

Jürgen Augustinowitz (ab 11. 92)

Wilfried Böhm

Wolfgang Dehnel (ab 11. 92)

Dr. Rainer Jork

Hartmut Koschyk (bis 10. 93)

Maria Michalk (bis 3. 93)

Werner Skowron (ausgeschieden 11. 92)

Reinhard Frhr. von Schorlemer

Michael Stübgen (ab 10. 93)

Prof. Dr. Roswitha Wisniewski (bis 11. 92)

SPD-Fraktion

(ordentliche Mitglieder)

Christel Hanewinkel (ausgeschieden 9. 93)

Stephan Hilsberg

Regina Kolbe (ab 9. 93)

Markus Meckel (Obmann)

Margot von Renesse (stellv. Vorsitzende)

Prof. Gert Weisskirchen

(stellv. Mitglieder)

Angelika Barbe

Evelin Fischer

Rolf Schwanitz (ausgeschieden 9. 92)

Prof. Dr. Hartmut Soell

Wolfgang Thierse

Gunter Weißgerber (ab 9. 92)

F.D.P.-Fraktion

(ordentliche Mitglieder)

Dirk Hansen (Obmann)

Dr. Jürgen Schmieder

(stellv. Mitglieder)

Dr. Karlheinz Gutmacher (ab 10. 93)

Heinz-Dieter Hackel (ausgeschieden 10. 93)

Wolfgang Lüder

Bündnis 90/Die Grünen

(ordentliches Mitglied)

Gerd Poppe (Obmann)

(stellv. Mitglied)

Dr. Wolfgang Ullmann

PDS/LL

(ordentliches Mitglied)

Dr. Dietmar Keller (Obmann)

(stellv. Mitglied)

Dr. Hans Modrow

Auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen berief die Präsidentin des Deutschen Bundestages als sachverständige Kommissionsmitglieder:

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Forschungsinstitut für Arbeiterbildung Recklinghausen; Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhruniversität Bochum

Prof. Dr. Alexander Fischer

Seminar für Osteuropäische Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn; z. Zt. Gründungsdirektor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Dresden

Karl Wilhelm Fricke

Publizist, ehemaliger Leiter der Ost-West-Abteilung des Deutschlandfunk, Köln

Martin Gutzeit

Theologe und Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen (ab 3. 93)

Seminar für Politische Wissenschaften der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn

Walter Kempowski (bis 12. 92)

Lehrer und Schriftsteller

Dr. Armin Mitter

Institut für Geschichte der Humboldt-Universität Berlin

Martin-Michael Passauer

Pfarrer der Sophien-Gemeinde Berlin und Superintendent des Kirchenkreises Berlin Stadt III

Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder

Universität Regensburg, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Ostrecht

Prof. em. Dr. Hermann Weber

Institut für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und Leiter des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Prof. Dr. Manfred Wilke

Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; „Forschungsverbund SED-Staat“ der FU Berlin

Prof. em. Dr. Herbert Wolf

frühere Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ Berlin

Berichterstattergruppen (Stand Mai 1994)

1. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung

Prof. em. Dr. Hermann Weber (Einberufer), Dirk Hansen, Prof. Dr. Alexander Fischer, Dr. Armin Mitter, Prof. em. Dr. Herbert Wolf

2. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR

Prof. Dr. Roswitha Wisniewski (Einberuferin), Angelika Barbe, Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Dr. Karlheinz Guttmacher, Stephan Hilsberg, Dr. Dietmar Keller, Maria Michalk, Dr. Armin Mitter

3. Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat

Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder (Einberufer), Wolfgang Lüder, Margot von Renesse, Prof. em. Dr. Herbert Wolf

4. Innerdeutsche Beziehungen und Internationale Rahmen-Bedingungen

Prof. Gert Weisskirchen (Einberufer), Prof. em. Dr. Hans-Adolf Jacobsen, Dr. Dietmar Keller, Dr. Armin Mitter, Gerd Poppe, Prof. Dr. Manfred Wilke, Dr. Dorothee Wilms

5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur

Martin Michael Passauer (Einberufer), Martin Gutzeit, Dirk Hansen, Stephan Hilsberg, Regina Kolbe, Prof. Dr. Manfred Wilke

6. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur

Gerd Poppe (Einberufer)/Dr. Armin Mitter, Karl Wilhelm Fricke, Martin Gutzeit, Dr. Dietmar Keller, Dr. Jürgen Schmieder, Prof. Dr. Manfred Wilke

Arbeitsgruppe Archive

Prof. Dr. Manfred Wilke (Einberufer), Prof. Dr. Alexander Fischer, Dr. Dietmar Keller, Dr. Armin Mitter, Dr. Jürgen Schmieder, Reinhard Frhr. von Schorlemer, Prof. em. Dr. Hermann Weber

Arbeitsgruppe Seilschaften

Hartmut Koschyk (Einberufer bis 4.94)/Hartmut Büttner (Einberufer ab 4.94), Dirk Hansen, Stephan Hilsberg, Dr. Armin Mitter/Gerd Poppe, Margot von Renesse, Prof. em. Dr. Herbert Wolf

Arbeitsgruppe Staatssicherheit

Martin Gutzeit (Einberufer), Rainer Eppelmann, Karl Wilhelm Fricke, Dr. Dietmar Keller, Gerd Poppe, Dr. Jürgen Schmieder, Prof. Dr. Hartmut Soell

Arbeitsgruppe Wirtschaft

Reinhard Frhr. von Schorlemer (Einberufer), Stephan Hilsberg, Dr. Rainer Jork, Margot von Renesse, Prof. em. Dr. Herbert Wolf

Kommissionssekretariat

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages stellte der Kommission ein Sekretariat zur Verfügung, das organisatorische und wissenschaftliche Aufgaben zu erfüllen hatte.

Leiter des Sekretariats:

MinRat Dr. Dietrich Lehmborg

Wissenschaftliche Mitarbeiter waren:

Dr. Marlies Jansen

(stellvertretende Leiterin des Sekretariats),

Thomas Ammer,

Klaus Hanfland,

Dr. Lydia Lange,

Dr. Bernhard Marquardt,

Prof. Dr. Peter Maser,

Martin Reißmann,

Friederike Sattler.

Weiterhin waren im Sekretariat tätig:

OAR Jürgen Wiesner (Büroleitung),

Juliane Korten,

Iris Mohr,

Heike Töllner.

*Wissenschaftliche Mitarbeiter der Sekretariate der Fraktionen:**CDU/CSU*

Klaus Hoff,

Gerhard Finn,

Jost Vielhaber (ab 12. 93)

SPD

Wilfried Busemann (bis 12. 93)

Brigitte Deja (bis 12. 93),
Dr. Ingrun Drechsler (ab 1. 94),
Peter Hurrelbrink (ab 1. 94)

F.D.P.

Bernard Bode

PDS/Linke Liste

Dieter Lehmann

Bündnis 90/Die Grünen

Udo Baron

Die im Text in eckige Klammern gesetzten Verweise beziehen sich auf von der Enquete-Kommission eingeholte Expertisen und Berichte, vergabene Forschungsaufträge sowie auf Protokolle der Öffentlichen Anhörungen. Letztere sind großenteils bereits zum jetzigen Zeitpunkt über das Sekretariat der Enquete-Kommission zu beziehen. Sämtliche Materialien der Enquete-Kommission (Expertisen, Anhörungsprotokolle u. a.) werden voraussichtlich ab Herbst d. J. veröffentlicht.

B. Themenfelder

1. *Themenfeld: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung*

Inhalt

- a) Beratungsverlauf
 1. Konstituierung der Diktatur und ihre Rahmenbedingungen
 2. Die Machthierarchie der SED – die Verquickung von Partei-, Regierungs- und Staatsapparat
 3. Die SED und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)
 4. Rolle und Funktion der Blockparteien und Massenorganisationen
 5. Umgestaltung und Instrumentalisierung der Wirtschaft
- b) Bericht
 1. Konstituierung der Diktatur und ihre Rahmenbedingungen 1945–1949
 - 1.1 Historische Grundlagen
 - 1.2 Die Rolle der Alliierten, insbesondere der Sowjetunion